

## Weitere rechtliche Abklärungen

**Prämienverbilligung** Das letzte Wort im Zwist um die Krankenkassen-Prämienverbilligungen ist noch nicht gesprochen. «Es werden nochmals weitere rechtliche Abklärungen getroffen», sagt Erwin Roos, Departementssekretär des kantonalen Gesundheits- und Sozialdepartements, auf Anfrage. Aufgrund mehrerer Vorstösse gebe es einen «gewissen Druck aus dem Parlament und von Seiten der Gemeinden», die rechtliche Situation erneut überprüfen zu lassen, begründet Roos.

Paul Richli, emeritierter Professor für Staats- und Verwaltungsrecht und früherer Rektor der Uni Luzern, sagte in unserer gestrigen Ausgabe, dass die Regierung durchaus Spielraum habe, um die Prämienverbilligung trotz budgetlosem Zustand des Kantons sofort auszuzahlen. Zum Beispiel mittels einer Verordnung, welche die Regierung erlassen könnte. Dabei stützt er sich auf das Prämienverbilligungsgesetz und auf das Bundesgericht.

Das federführende Finanzdepartement argumentiert, dass die Auszahlung der Gelder derzeit aus rechtlicher Sicht nicht möglich sei. Wer Anspruch auf Prämienverbilligung hat, erhält diese momentan nicht ausbezahlt und muss – falls er die Prämie selber nicht entrichten kann – zum Sozialamt seiner Einwohnergemeinde gehen. (sb)

## Grüne fassen Parolen

**Abstimmung** Klare Verhältnisse bei den Grünen Kanton Luzern: Die Parolen zu allen drei eidgenössischen Vorlagen vom 12. Februar wurden einstimmig gefasst. Nein sagen die Grünen zur Unternehmenssteuerreform III. Die Steuergeschenke an Grossunternehmen verschoben die Steuerlast auf die mittleren Einkommen und heizten den Steuerwettbewerb der Kantone weiter an, schreibt die Partei in einer Mitteilung. Ebenfalls Nein sagen die Grünen zum Nationalstrassenfonds. Bei einer Annahme müsste der Bund zusätzliche 650 Millionen Franken einsparen, argumentiert die Partei.

Zustimmung fand die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration. Hier könne Geld gespart werden, indem ein Gesuch direkt beim Bund gestellt werden könne und die viel zu lange Bearbeitungszeit reduziert werde. (red)

ANZEIGE



«Ein attraktiver Wirtschaftsstandort sichert Aufträge und damit Arbeitsplätze für unsere KMU.»

www.luzernerkomitee.ch



# Milde Reaktion auf Grafs Eingriff

**Spitalbehandlungen** Dass der Kanton keine unnötigen stationären Behandlungen mehr mitfinanzieren wird, stösst bei den betroffenen Institutionen auf Verständnis – sie mahnen aber eine Umsetzung mit Augenmass an.

**Balz Bruder**  
balz.bruder@luzernerzeitung.ch

Das hat für Aufsehen gesorgt: Der Kanton Luzern operiert ab Mitte Jahr mit einer 13er-Liste von Spitaleingriffen, für die er eine stationäre Behandlung nur noch akzeptiert, wenn sie aus medizinischen Gründen nicht ambulant durchgeführt werden kann. Das ist eine schweizerische Novität (Ausgabe von gestern). Und eine, welche sowohl Spitäler und Ärzte als auch Patientenvertreter beschäftigt.

In Alarmismus verfallen die Betroffenen jedoch nicht: Margrit Kessler, Präsidentin der Schweizerischen Patientenorganisation (SPO), beklagt zwar die Fehlanreize bei der Spitalfinanzierung zwischen stationärer und ambulanter Behandlung, vermag dem Luzerner Vorgehen aber gleichwohl Positives abzugewinnen: «Es hat den Vorteil, dass die Infektionsgefahr für Patientinnen und Patienten abnimmt, wenn sie weniger lang in Spitalpflege sind.» Gleichzeitig weist sie aber auch darauf hin, dass es «einen finanziellen Nachteil für die Prämienzahler» gibt. Denn: «Je mehr Operationen ambulant durchgeführt werden, desto mehr steigen die Krankenkassenprämien.» Für Kessler steht fest: «Die Kantone können sich so im-

mer mehr aus der Verantwortung ziehen – sie haben so auch die Steuern senken können», moniert die ehemalige St. Galler GLP-Nationalrätin.

Zwar noch nicht im Detail, aber im Grundsatz mit der Sache befasst hat sich die Ärztesellschaft des Kantons Luzern. Präsident Aldo Kramis bestätigt, die Ärzte seien mit dem Konzept ambulant vor stationär «sehr einverstanden». Eine Aussage, die er mit Blick auf die Patientennähe der praktizierenden Ärzteschaft

insbesondere auf die Vermeidung von «teuren und zur Bürokratisierung neigenden Spitalstrukturen» bezieht. Nach Aussage von Kramis wird die Ärztesellschaft die 13er-Liste von Gesundheitsdirektor Guido Graf Anfang Woche analysieren.

### Administration so gering wie möglich halten

Differenziert fällt die Reaktion von Martin Nufer, dem medizinischen Direktor der Klinik St. Anna, aus. Für ihn steht beim

Prinzip ambulant vor stationär die Sicherheit des Patienten an oberster Stelle. Deshalb sagt er: «Wenn ein ambulanter Eingriff genau gleich sicher und zielführend ist wie ein stationärer, beurteilen wir die Luzerner Massnahme als richtig.» Dass der Komfort für den Patienten steige, weil der Spitalaufenthalt am gleichen Tag anfängt und endet, wie Gesundheitsdirektor Graf behauptet, beurteilt Nufer allerdings anders. «Der Komfort wird tendenziell abnehmen, weil bei-

spielsweise die dem Krankheitsverlauf angepasste Schmerzbehandlung oder die Unterstützung und Pflege zu Hause stattfinden müssen.» Immerhin habe der Kanton den Leistungserbringern zugesichert, «die Umsetzung pragmatisch anzugehen und den administrativen Aufwand so gering wie möglich zu halten». Was nichts daran ändere, dass die Operationalisierung der 13er-Liste dem zur Hirslanden-Gruppe gehörenden Spital personell, organisatorisch und infrastrukturell «einiges abverlangen wird».

Klar schliesslich ist die Haltung des Luzerner Kantonsspitals (Luks). CEO Benno Fuchs: «Wir begrüssen die Massnahmen und beurteilen die Liste auf den ersten Blick als sinnvoll, müssen diese aber noch im Detail analysieren.» Ausnahmen von der Regel müssten zudem möglich bleiben, findet Fuchs, «zum Beispiel für Patienten mit besonderen Einschränkungen oder Begleiterkrankungen». Ganz abgesehen davon sagt Fuchs: «Wirtschaftlichkeit ist die Folge der guten Qualität und nicht umgekehrt.» Das «gut ausgelastete» Luks habe die ambulanten Behandlungen «seit jeher gefördert», betont Fuchs. In einzelnen Bereichen gehöre das Spital «zu den ersten, die ambulante Behandlungen einführt».

«Die Kosten werden bei den Krankenkassen anfallen, und die Prämien werden weiter zu Lasten der Haushalte steigen.»



**Margrit Kessler**  
Präsidentin Patientenschutz

### Finanzierungssystem als politische Knacknuss

Die ambulanten Spitalbehandlungen bezahlen die Krankenkassen zu 100 Prozent, die stationären dagegen höchstens zu 45 Prozent – den Rest übernehmen die Kantone. Das führt bei den Versicherern ebenso wie bei den Leistungserbringern zu Fehlanreizen. Diese will die Bundespolitik eliminieren, hat bisher jedoch keine Lösung gefunden. Im Herbst dieses Jahres wird mit einem Kommissionsvorschlag gerechnet, der die Basis für eine ausgewogene Finanzierung von ambulanten und stationären Behandlungen bilden könnte. (bbr)

«Jeder Patient bringt andere physische, psychische und soziale Voraussetzungen mit für einen Eingriff.»



**Martin Nufer**  
Medizinischer Direktor St. Anna

## Traumatische Erlebnisse in Weggis

**Theater** Ein erfolgloser Schriftsteller, ein etwas unbedarfter Tankwart, eine reiche Erbtante und ein korrekter Pfändungsbeamter treffen im Wohnzimmer aufeinander. Da gerät so einiges aus den Fugen.

«Hilfe, mier hend Bsuech!», heisst das Lustspiel in drei Akten von Wolfgang Binder, das heute (17 Uhr) in Weggis Premiere feiert. Der Weggiser Regisseur Otti Schilliger hat das Stück mit dem Originaltitel «Reini Närvesach» bearbeitet und ihm einen neuen Namen verpasst. Die zehn Akteure bringen den Dreiakter «Hilfe, mier hend Bsuech!» mit viel Gespür, Tempo und Feinsinn auf die Bühne.

Kurz, es ist wunderbare Unterhaltung mit viel Witz und Drive, Chaos, Verwirrungen und Missverständnissen. Das Stück ist an Tempo kaum zu überbieten. Dieses Tempo war es auch, das den erfahrenen Regisseur Otti Schilliger als das Schwierigste bei der Umsetzung bezeichnet. «Ich glaube, das ist uns gut gelungen», freut sich Schilliger nach der Hauptprobe.

### Der Konditor als Tankstellenwart

Der Regisseur kann auf ein gut eingespieltes Team zählen. Seine Feuertaufe erlebte der Weggiser Patrik Dahinden als Tankwart Lumi. Die ihm zugeweilte Rolle, den leicht trottelligen, schrägen und dennoch liebenswerten Tankwart zu spielen, war an Komik kaum zu übertreffen. Man muss ihn einfach gern haben. Dem Leiter des Pfändungsamtes Anton Meier (Groucho Feuille) stellt er sich als Zapfsäulenleiter vor: «Meine drei Schläuche arbeiten immer.» Dahinden ist vom Theatervirus infiziert. Bereits seine Schwester



Begegnung auf dem Sofa: Verleger Harry Wächter (Marco Stadelmann) und Erbtante Käthi (Lydia Meier).

Bild: Claudia Lang/PD (Weggis, 12. 1. 2017)

und sein Bruder standen hier auf der Bühne. «Zu Anfang war es eine echte Herausforderung, in eine Rolle zu schlüpfen», erzählt Dahinden, der, wenn er nicht gerade Theater spielt, als Konditor-Confiseur Torten und Pralinen herstellt. Das diesjährige Engagement sei wohl eher eine einmalige Angelegenheit, verriet er unserer Zeitung. Es gäbe in- des einen Grund, ihn umzustimmen: «Ich möchte gerne einmal

gemeinsam mit meinem Bruder und mit meiner Schwester auf der Bühne stehen.»

Zentrum des Verwirrspiels und Drehscheibe der urkomischen Begegnungen ist das Wohnzimmer von Stefan und Madi Schmid (René Fischer und Tanja Sticher), in dem sich verschiedenste Charaktere tummeln. Stefan Schmid ist ein glückloser Schriftsteller. «Kein Mensch interessiert sich für den Schmar-

ren, den du schreibst», stellt Gattin Madi fest. Der Schuldenberg drückt. Der Pfändungsbeamte geht in ihrem Wohnzimmer ein und aus. Die Putzfrau Paula Stäubli (Antonia Jenny), der Verleger Harry Wächter (Marco Stadelmann), die Erbtante Käthi Schaller (Lydia Meier), die Hauswartin Lena Dreier (Verena Bräm) und die lieben Schwiegereltern (Mary Kündig und Klaus Thieme) sorgen dafür, dass die Missverständ-

nisse zeitweise aus dem Ruder laufen. Oder ist alles nur ein böser Traum?

**Monika van de Giessen**  
kanton@luzernerzeitung.ch

**Hinweis**  
Premiere heute, 17 Uhr. Weitere Vorstellungen: 15., 20., 21., 22., 28., 29. 1. Reservierung: 079 858 47 43 (mittwochs 18 bis 19 Uhr) oder unter [www.theater-weggis.ch](http://www.theater-weggis.ch)